

Starke Arbeitnehmer, starke Demokratie

Die Stärke der politischen Demokratie und die Mitbestimmung in der Wirtschaft hängen zusammen. Das zeigt ein Vergleich europäischer Länder.

Wo Arbeitnehmer in Unternehmen handfeste Mitspracherechte haben, ist meist auch die politische Demokratie stärker. Das dürfte daran liegen, dass Gewerkschafter und Arbeitnehmervertreter auch über die betriebliche Ebene hinaus politisch wirken und damit die Zivilgesellschaft stärken, schreibt Sigurt Vitols vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB). Gleichzeitig Sorge die Mitbestimmung in der Wirtschaft auch bei politischen Wahlen für eine stärkere Beteiligung der Arbeiterschicht. Außerdem wirke sich die aus der Mitbestimmung resultierende größere soziale Verantwortung der Unternehmen auf die Politik aus.

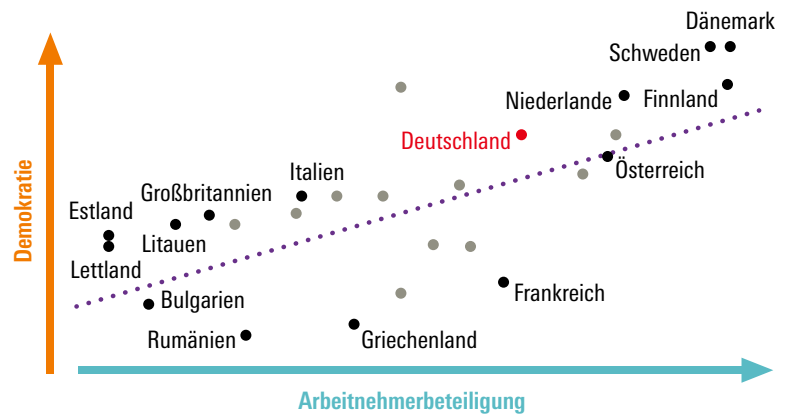
Der WZB-Forscher hat zwei Kennzahlen zueinander in Beziehung gesetzt: den European Participation Index, ein „universelles Maß für den Umfang der Arbeitnehmerbeteiligung in der Wirtschaft“, und das WZB-Demokratiebarometer, das Aufschluss über „die Qualität der Demokratie“ gibt. Dabei zeigt sich, dass beide deutlich miteinander korrelieren. In Ländern mit starker Arbeitnehmerbeteiligung erreicht meist auch der Demokratie-Index hohe Werte. In beiden Dimensionen besonders gut schneiden die skandinavischen Länder ab. Am unteren Ende liegen Bulgarien, Rumänien und die baltischen Staaten. Deutschland findet sich im oberen Mittelfeld.

Vitols zieht aus seinen Ergebnissen den Schluss, „dass wir der Arbeitnehmerbeteiligung und der wirtschaftlichen Demokratie mehr Beachtung schenken sollten, wenn wir über die Erosion der Demokratie in Europa diskutieren“. <

Sigurt Vitols: Kontinent vieler Geschwindigkeiten, Arbeitnehmer- und Bürgerbeteiligung in Europa, WZB-Mitteilungen Nr. 160, Juni 2018 Download: bit.do/impuls1245

Mitbestimmt und demokratisch

So ist es um Demokratie und Mitbestimmung bestellt in ...



Quelle: Vitols 2018 Grafik zum Download: bit.do/impuls1246

Hans Böckler Stiftung

STEUERN

Der Soli ist nicht überflüssig

Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags geht manchen nicht schnell genug. Dabei gibt es gute Gründe für einen Erhalt des Soli.

Eine schnelle Abschaffung des Solidaritätszuschlags wäre ungerecht und fiskalisch riskant. Zu diesem Schluss kommen die IMK-Steuerexperten Katja Rietzler und der Berliner Wirtschaftsprofessor Achim Truger in einer aktuellen Stellungnahme für den Bundestag.

Bereits den von der Bundesregierung geplanten schrittweisen Abbau des Soli halten sie für einen Fehler, noch schädlicher sei aber die aus Reihen der Opposition geforderte vorzeitige, ersatzlose Abschaffung. Erstens wäre dies aus verteilungspolitischer Sicht fragwürdig. Da nahezu das gesamte Einkommen des Solidaritätszuschlags von der oberen Hälfte der Einkommensverteilung aufgebracht wird, trüge dessen Abschaffung nichts zur Entlastung von Geringverdienern und sehr wenig zur Entlastung der Mitte bei. Sie würde hauptsächlich Besserverdienern zugutekommen – und das, nachdem bereits die Steuerreformen zwischen

1998 und 2015 die oberen 30 Prozent der Haushalte entlastet, die unteren 70 Prozent aber zusätzlich belastet haben.

Zudem sei die Abschaffung aus fiskalischer Sicht nicht zu verantworten. Die jährlich rund 20 Milliarden Euro aus dem Soli würden an anderer Stelle fehlen, etwa bei dringend notwendigen öffentlichen Investitionen oder der Entlastung der Sozialversicherung von versicherungsfremden Leistungen. Der Bund müsse dafür in den kommenden Jahren zusätzlich hohe Milliardenbeträge in die Hand nehmen. Eine Abschaffung des Soli würde das schon bei guter Konjunktur deutlich erschweren, in einer Schwächephase wäre schnell kein finanzieller Spielraum mehr übrig. Das Ergebnis wäre eine radikale Kürzungspolitik, so die Experten. <

Quelle: Katja Rietzler, Achim Truger: Abschaffung des Solidaritätszuschlags: ungerecht und fiskalisch äußerst riskant, Juni 2018 Download: bit.do/impuls1247